

Clemens Vollnhals (Hg.)

Jahre des Umbruchs

Friedliche Revolution in der DDR
und Transition in Ostmitteleuropa



Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Günther Heydemann

Band 43

Vandenhoeck & Ruprecht

Jahre des Umbruchs

Friedliche Revolution in der DDR
und Transition in Ostmitteleuropa

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 7 Abbildungen, 1 Schaubild und 7 Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36919-7

Umschlagabbildung

Foto: Thomas Raupach, Hamburg

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Druck und Bindung: ☺ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung <i>Clemens Vollnhals</i>	9
Die Revolution in der DDR: Der Ruf nach Freiheit und die Einheit <i>Richard Schröder</i>	19
I. Die realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft	33
Von der Perestroika zur Implosion. Die Rolle der sowjetischen Transformation für den Umbruch in Ostmitteleuropa <i>Helmut Altrichter</i>	35
Polen: Erfolge und Misserfolge der ersten osteuropäischen Transformation 1989 <i>Tytus Jaskułowski</i>	47
Ungarns Weg von der fröhlichsten Baracke des Ostblocks zur neuen Wohnanlage der EU (1956 – 1989 – 2006) <i>Máté Szabó</i>	63
Die Transformation in der Tschechoslowakei. Anmerkungen zum Typus des nicht-demokratischen Regimes <i>Jan Holzer</i>	93
Die DDR-Diktatur am Vorabend ihres Untergangs <i>Walter Süß</i>	103
Die Friedliche Revolution: Strukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des Umbruchs 1989 in der DDR <i>Detlef Pollack</i>	119
Strukturwandel realsozialistischer Autokratien – Vom Totalitarismus zur Transition <i>Uwe Backes</i>	141

	Bemerkungen zum Kommunismus, Totalitarismus und Postkommunismus in der bundesdeutschen Politikwissenschaft <i>Jerzy Maćków</i>	159
II.	Die Spezifik des Systemwechsels: Zur Rolle von Massen und Eliten	171
	Polens Weg zum Wechsel 1980–1989: Der Wandel des Verhältnisses zwischen Elite und Massen <i>Dieter Bingen</i>	173
	Eliten und Massen im Transitionsprozess in der ČSSR <i>Stanislav Balík</i>	189
	Die spontane Macht der Gewaltlosen. Eine übersehene Erklärung für den Untergang der DDR <i>Matthias Damm/Mark R. Thompson</i>	203
	Hauptakteure und wechselnde Akteurskonstellationen während der Friedlichen Revolution in der DDR. Ein Vier-Phasen-Modell <i>Michael Richter</i>	219
	„1989“: Revolutionen oder koordinierte Transformationen? Verfassungsgebung und die Rolle von Massen und Eliten in den mittel- und osteuropäischen Systemwechseln <i>Friedbert W. Rüb</i>	243
III.	Die Etablierung der Demokratie	265
	Die scheinbar vorbildliche Etablierung der Demokratie in Polen <i>Klaus Ziemer</i>	267
	Die wichtigsten Spezifika des politischen und rechtlichen Institutionensystems in Ungarn <i>Sándor Pesti</i>	289
	Tschechien: Politischer Konsolidierungsprozess 1989–2009. Verlauf, Stand, Perspektiven <i>Karel Vodička</i>	299

<i>Inhalt</i>	7
„Let's go west“ – Selbstbestimmte Prozesse der Demokratisierung und der Wiedervereinigung <i>Ehrhart Neubert</i>	315
Die Runden Tische der Bezirke in der DDR 1989/90 – Instrumente der Demokratisierung in den Regionen? <i>Francesca Weil</i>	327
Die demokratische Konsolidierung der neuen Bundesländer <i>Eckhard Jesse</i>	345
Die kulturelle Prägung macht den Unterschied! Zur Regimeentwicklung postkommunistischer Staaten <i>Steffen Kailitz</i>	361
IV. Anhang	393
Abkürzungsverzeichnis	395
Personenverzeichnis	399
Biogramme der Autoren	403

Einleitung

Als Michail S. Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre seine Reformpolitik zur Modernisierung und Stärkung der Sowjetunion im Systemwettbewerb einleitete, ahnte er nicht, welche Eigendynamik „Glasnost“ und „Perestroika“ freisetzen sollten. Die Veränderungen in der Sowjetunion hatten gravierende Auswirkungen auf die kommunistischen Satellitenstaaten im scheinbar so festgefügtten Ostblock. Auf die neuen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume reagierten die kommunistischen Führungsspitzen in jedem Land Ostmitteleuropas jedoch sehr unterschiedlich. Das gilt für die Bevölkerung wie für oppositionelle Gruppen. Hatte das einheitliche kommunistische System nationale Unterschiede teilweise nivelliert, so zeigten schon die unterschiedlichen Formen seiner Überwindung und Abschaffung in den einzelnen Staaten eine neue Vielfalt. Zugleich aber gab es Interdependenzen, die es geboten erscheinen lassen, die Entwicklungen in den einzelnen realsozialistischen Staaten nicht isoliert zu betrachten. Für die DDR etwa ist die Bedeutung der Transitionsprozesse in Polen oder Ungarn ebenso evident, wie die ostdeutschen Ereignisse im Herbst 1989 ihrerseits Auswirkungen auf die ČSSR hatten.

Hat eine vergleichende Perspektive für die ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in der Politikwissenschaft längst Raum gegriffen, so wird die DDR wegen ihres Sondercharakters im geteilten Deutschland bisher kaum in Vergleiche einbezogen. Daher ist bislang eher unzureichend untersucht worden, welche Gemeinsamkeiten es in den nationalen Entwicklungen gibt und in welchem Verhältnis diese zu augenfälligen Unterschieden stehen. Das Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden hat in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Mai 2009 mit einer internationalen Tagung den Versuch unternommen, im Gesamtkontext der Systemtransformation im sowjetischen Hegemoniebereich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen in der DDR und in den Nachbarstaaten Polen, ČSSR und Ungarn herauszuarbeiten. Dafür wurden Experten aus den untersuchten Ländern gewonnen. Entstanden ist ein Band, indem sowohl die Entwicklungen in den einzelnen Staaten behandelt als auch in einer vergleichenden Perspektive beleuchtet werden.

Wie der Titel bereits andeutet, liegt der Fokus der Untersuchung auf der Transition in der DDR, also auf den politischen Veränderungen während der Friedlichen Revolution. Daneben werden vergleichend die oben genannten „Bruderstaaten“ in den Blick genommen. In drei Hauptkapiteln geht es um den Zustand der realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft, die Spezifik des

Systemwechsels in den einzelnen Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Massen und Eliten, sowie schließlich um die Phase der Etablierung der Demokratie. Es liegt auf der Hand, dass in den Beiträgen wie auch im gesamten Band keine abschließenden Antworten gegeben werden können; wohl aber soll eine Diskussion angestoßen oder verstärkt werden, die gerade in ihrer vergleichenden Perspektive für die zeitgeschichtliche Forschung einen weiterführenden Erkenntnisgewinn verspricht.

Das breite Spektrum der angeschnittenen Themen und der systematischen Zugriffe von Historikern und Politikwissenschaftlern verdeutlicht eindringlich die Forschungsrelevanz des untersuchten Themenfeldes. In der Tat bedarf die fundierte Untersuchung der einzelnen nationalstaatlichen Entwicklungen eines breiteren Interpretationsrahmens, wobei die vergleichende Perspektive auf den gesamten ostmitteleuropäischen Raum besonders fruchtbar ist und zu neuen Erkenntnissen führt. Hierzu einen Impuls zu geben, ist das Anliegen von Autoren wie Herausgebern.

In einem einleitenden Essay verweist *Richard Schröder*, 1990 als Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer und Fraktionsvorsitzender der SPD selbst ein politischer Akteur, auf jenen Faktor, der die Herbstrevolution in der DDR grundlegend von der Situation in den anderen Staaten Ostmitteleuropas unterschied: Sie fand in einem geteilten Land statt; Staat und Nation waren nicht deckungsgleich. Diese Sondersituation eröffnete eine fundamentale politische Alternative: den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Schröder skizziert die historischen Ereignisse der Jahre 1989/90 und wirft einen Blick auf die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte war demnach der Prozess, der aus der Friedlichen Revolution in die deutsche Einheit mündete, im Wesentlichen eine Angelegenheit beider deutscher Staaten, auch wenn es die alliierten Vorbehaltsrechte zu beachten galt. Ein besonderes Augenmerk gilt – neben dem finanziellen Bankrott der DDR – der Rolle der evangelischen Kirche, die zwar nur Reformen und keine Revolution anstrebte, aber dennoch erheblichen Anteil an der Entwicklung hatte.

Im ersten Hauptabschnitt geht es um den inneren Zustand der realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft. Zunächst gibt *Helmut Altrichter* einen Überblick über die Entwicklung der Sowjetunion von der Perestroika bis zum Zusammenbruch der UdSSR und erklärt, warum die sowjetische Führung um Gorbatschow weder in der Lage noch daran interessiert war, sich 1988/89 in die innenpolitischen Verhältnisse der verbündeten Ostblockstaaten einzumischen. So befand sich nicht nur die sowjetische Wirtschaft in einer tiefen Krise, im Kreml tobten Machtkämpfe und an den Rändern des Riesenreiches gab es nationale Aufstände gegen die sowjet-russische Fremdherrschaft. In dieser Situation besaß die Fortsetzung der internationalen Entspannungs- und Abrüstungspolitik oberste Priorität, denn ohne eine Senkung der gewaltigen Rüstungskosten war an eine ökonomische Erholung und innenpolitische Stabilisierung nicht zu denken.

In Polen, so *Tytus Jaskulowski*, gibt es bis heute zwischen den politischen Lagern eine heftige Auseinandersetzung über die damalige Bereitschaft der Opposition zu den Gesprächen am Runden Tisch und den zahlreichen Kompromissen im Transformationsprozess. Die Rede ist von einer „ausgehandelten“ oder gar „reglementierten“ Revolution, die von den Machthabern gesteuert worden sei. Gleichwohl war die herrschende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei in der letzten Periode der kommunistischen Herrschaft nicht mit ihren Schwesterparteien in der DDR oder der ČSSR zu vergleichen. So unterstützte gut ein Drittel der Parteimitglieder die unabhängige Gewerkschaft *Solidarność*; ein ebenfalls erheblicher Teil bekannte sich zum Katholizismus. Das Profil der Antisystem-Opposition, die keinesfalls durchweg eine Demokratisierung des Landes anstrebte, war ebenfalls unscharf konturiert, während sich die Bevölkerung, konfrontiert mit wirtschaftlichen Problemen, kaum für staatliche Belange interessierte. So gingen alle Seiten mit einer gewissen Kompromissbereitschaft in die Verhandlungen am Runden Tisch, die bereits im Februar 1989 begannen. Ein wesentliches Charakteristikum der polnischen Entwicklung ist ihre Vorreiterrolle. Hier setzten die Veränderungsprozesse zu einem Zeitpunkt ein, als sie in den Nachbarstaaten noch undenkbar schienen.

In Ungarn hatte der „Gulaschkommunismus“ subkutan eine Aushöhlung des kommunistischen Herrschaftsapparates bewirkt, hier kam es frühzeitig zu Gesprächen am Runden Tisch. Innerhalb der Ungarischen Vereinigten Arbeiterpartei hatten schon bald Differenzierungsprozesse zwischen Hardlinern und Reformern eingesetzt, die Letztere für sich entscheiden konnten. Dadurch wurden Kompromisse mit den neu etablierten politischen Kräften möglich, die auf eine friedliche, mit Verfassungs- und Gesetzesänderungen verbundene Transformation des politischen Systems abzielten. Diese Etappe fand mit der Ausrufung der Republik Ungarn im Oktober 1989 und den ersten freien Wahlen im März 1990 ihren Abschluss. Unterstützt wurde dieser Trend auch durch die Tatsache, dass sich Ungarn frühzeitig für marktwirtschaftliche Strukturen öffnete und sich dem Westen zuwandte. Vor diesem Hintergrund zeichnet *Máté Szabó* ein genaueres Bild vom inneren Zustand der Opposition und der „Reformelite“ der UVAP, deren Handlungsweise zudem vom Bemühen geprägt war, es nicht zu einer gewaltsamen Entwicklung wie im Jahr 1956 kommen zu lassen.

Das Herrschaftssystem in der ČSSR war am Vorabend der „Samtenen Revolution“ einerseits von einer Rekonsolidierung des kommunistischen Regimes nach dem „Prager Frühling“ 1968 und der „Säuberung“ des Apparates von revisionistischen Kräften geprägt, andererseits von einer „stillen Übereinkunft“ mit der Gesellschaft, die Privatsphäre der Menschen weitgehend zu respektieren. Aufgrund dieser Strukturen ist es sinnvoll, das Regime eher als post-totalitär zu bezeichnen. Von den Oppositionsgruppen, so *Jan Holzer*, gewann die politisch heterogene „Charta 77“ die größte Bedeutung, wenngleich sie ein Ghettodasein führte, keine klaren politischen Alternativen anbot und keine Erschütterung des Regimes bewirkte. Unter dem Einfluss der Reformpolitik Gorbatschows kam es innerhalb der Führung der kommunistischen Partei zu einer gewissen Fraktio-

nierung, ohne dass sich jedoch ein starker Reformflügel wie in den 1960er Jahren bildete. Die desaströse Wirtschaftslage unterminierte die „stille Übereinkunft“, da selbst Grundnahrungsmittel knapp wurden. Zwar setzte nun auch die Opposition stärker auf einen Systemwechsel, ihr Einfluss blieb aber zunächst beschränkt. Als bedeutsamer erwies sich die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung, die – insbesondere ausgelöst durch die Ereignisse in der DDR und die Fluchtwelle in die bundesdeutsche Botschaft in Prag – im November 1989 den Umbruch auslöste.

Walter Süß beschreibt die Revolution in der DDR sowohl als Resultat verschiedener Zufälle als auch längerfristig wirkender struktureller Faktoren. Die dortige Lage war am Vorabend der Revolution gekennzeichnet vom Niedergang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angesichts der reformfeindlichen Haltung der SED-Führung, sowie der daraus resultierenden Probleme bei der Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen und in der Versorgung. Nicht zuletzt sorgte die gestiegene Anzahl von Westreisen im Zuge der innerdeutschen Entspannungspolitik für eine veränderte Wahrnehmung der desolaten Situation im eigenen Land, was sich auch an den sprunghaft vermehrten Anträgen auf Ausreise ablesen lässt. Hinzu kam die Verunsicherung der Führung durch die veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage in Folge der sowjetischen Reformpolitik. Die Staatssicherheit war aufgrund internationaler Faktoren und der ökonomischen Abhängigkeit vom westlichen Ausland gezwungen, sich mit harten Repressionen gegenüber oppositionellen Kräften zurückzuhalten. Aufgrund der veränderten Machtverhältnisse konnte das Regime seinen Machtanspruch nur noch mit nachlassender Härte verteidigen, auch wenn es Anfang November 1989 noch einmal versuchte, mit repressiven Mitteln Herr der Lage zu werden. Schließlich führte die offen ausgebrochene, lange durch den offiziellen „Antifaschismus“ kompensierte Legitimitätskrise des Systems zum Umbruch, dem desillusionierte Anhänger des Systems nur noch wenig entgegenzusetzen hatten.

In der DDR gab es, so *Detlef Pollack*, nach dem 17. Juni 1953 kaum noch nennenswerten Widerstand gegen das Regime. Als international anerkannter Staat, eingebunden in die Blockkonfrontation und mit einem effektiven Repressionsapparat ausgestattet, wirkte das Regime stabil. Daher kam der Umbruch im Herbst 1989 für viele Beobachter überraschend. Als Erklärung werden in der Forschung verschiedene Theorien herangezogen: so der modernisierungstheoretische Ansatz, die akteursorientierte Perspektive der Transitionsforschung, Rational Choice-Modelle oder Überlegungen der Bewegungsforschung. Eine Analyse der Bedingungsfaktoren des Umbruchs muss entsprechend multidimensional angelegt sein und hat einen retrospektiven Determinismus zu vermeiden. In den Blick zu nehmen sind, so Pollack, die strukturellen Bedingungen und die Formierung des Protests zum Massenphänomen vor dem Hintergrund des Versagens des Sicherheitsapparates.

In vergleichender Perspektive bilanziert *Uwe Backes* die Befunde der Forschung zur Herrschaftsstruktur der Ostblockstaaten. Durch die Herausarbeitung der Elemente totalitär-autokratischer Kontinuitäten wie Diskontinuitäten

gelangt er zu einem differenzierten Bild der Herrschaftsrealität, die deren Spätphase kennzeichnete. Systematisch erfolgt zunächst eine Bestandsaufnahme der Strukturmerkmale der unter Stalin voll entfalteten totalitären Herrschaft. Anschließend stellt Backes dar, in welcher Weise sich die totalitären Merkmale abschwächten und welche Konsequenzen die von Land zu Land divergierende Detotalisierung für die Ausprägung des Herrschaftssystems hatte. Schließlich werden die Gründe für die Diversifizierung der realsozialistischen Autokratien untersucht sowie hemmende und begünstigende Elemente der Systemtransformation benannt.

Ebenfalls aus politikwissenschaftlicher Sicht begründet *Jerzy Maćków* theseartig, warum die autokratischen Regime vor dem Beginn der Transformationsprozesse als totalitär bezeichnet werden sollten. Er verbindet dies mit einer akzentuierten Kritik der bundesdeutschen Politikwissenschaft, die sich vor 1989 eher modernisierungs- oder sozialismustheoretischer Ansätze zur Beschreibung des sowjetischen Machtsystems bedient habe. Die frühere Charakterisierung des „real existierenden Sozialismus“ als ein autoritäres System, hindere ihre Vertreter heute daran, die jetzigen Machtverhältnisse im russischen Einflussbereich ebenfalls als „autoritär“ zu definieren.

Ein zweiter Hauptabschnitt befasst sich mit der Spezifik des Systemwechsels und der Rolle von Massen und Eliten. *Dieter Bingen* verweist darauf, dass in der Forschung vor allem die Rolle der Eliten bei Transformationsprozessen betont wird, während die Rolle der Massen am stärksten in der Frühphase von Systemwechseln ausgeprägt sei. Polen ist ein herausragendes Beispiel, was Umfang, Dauer und Durchsetzungsfähigkeit der Massenselbstmobilisierung betrifft. Vor dem Hintergrund einer ersten Liberalisierungsphase Anfang der 1980er Jahre, verbunden mit marktwirtschaftlichen Reformen, einigten sich 1988/89 Regimeeliten und Regimeopposition auf die Aushandlung einer kontrollierten qualitativen Veränderung. Grundlage war die Einsicht, dass keine Seite Möglichkeiten sah, ihre Interessen gewaltsam gegen die der anderen Seite durchzusetzen. Die Folge war ein ausgehandelter Systemwechsel par excellence. Dabei kennzeichnete es die Situation, dass Massen und Eliten aufeinander angewiesen waren. Für die wechselseitige Verbindung stehen das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und die oppositionelle Gewerkschaft Solidarność. Die Entwicklung in Polen war geprägt durch eine überdurchschnittlich lange Phase der Massenmobilisierung, die maßgeblich zur Verhandlungsbereitschaft der Herrschenden beitrug. Nicht zu vernachlässigen ist in diesem Prozess auch die Rolle der katholischen Kirche als drittem Faktor zwischen Macht und Gegenmacht.

Unter dem Einfluss der Entwicklung in den Nachbarstaaten setzte in der ČSSR als letztem ostmitteleuropäischen Land ein Transitionsprozess ein, den *Stanislav Balík* als die Entwicklung von einem post-totalitären zu einem demokratischen System beschreibt. Sowohl Massen als auch Eliten spielten eine wichtige Rolle. Eine Elitendifferenzierung innerhalb der kommunistischen Partei gab es hier nur ansatzweise in der obersten Parteiebene. Auslöser des Umbruchprozesses waren Studentenproteste im November 1989, die gewaltsam beendet

wurden. Als Reaktion darauf entstand das „Bürgerforum“, das einen Dialog forderte. Die handlungsunfähige Parteiführung regierte mit einem harten, gewaltorientierten Kurs, erodierte zugleich aber weiter. In dieser Situation kam es zu einer Emanzipierung der staatlichen Institutionen von den Parteistrukturen und zur Organisation eines Generalstreiks durch das Bürgerforum. Unter dem Druck der Straße wurde die führende Rolle der Partei aus der Verfassung gestrichen. Die Umwandlung erfolgte nun durch eine zunehmende Beteiligung der Opposition an der Regierung und durch Einrichtung eines Runden Tisches. Mit der Wahl von Václav Havel zum Staatspräsidenten endete die erste Phase des Übergangs zur Demokratie.

Mark R. Thompson und *Matthias Damm* betonen die ihrer Meinung nach bislang unterschätzte Rolle der Gewaltlosigkeit und den spontanen, ungeplanten Charakter der Ereignisse in der DDR. Die Gewaltlosigkeit sei eine zwingende Notwendigkeit für das Gelingen der Revolution gewesen. In einer Gesellschaft wie der DDR, in der die Bildung einer organisierten Opposition kaum möglich war, bedarf die plötzliche Herausbildung einer Massenbewegung einer besonderen Erklärung. Verstehen lasse sich der Erfolg der Revolution vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Herbst 1989 aus dem Zusammenspiel der Exit-Bewegung (Fluchtwelle) und der Voice-Strömung („Wir bleiben hier“), dem Unvermögen des Regimes, die Situation wegen der Spontanität der Ereignisse kontrollieren zu können, sowie durch die proklamierte und praktizierte Gewaltlosigkeit, die eine gewaltsame Zerschlagung der Demonstrationen durch das geschwächte Regime verhindert hat.

Während vier verschiedener Phasen wechselten in der DDR, so *Michael Richter*, Rolle und Bedeutung verschiedener Hauptakteure sowie die Akteurskonstellationen. Vor der Revolution spielten internationale Akteure und die Bundesregierung eine wichtige Rolle. Bedeutsam waren auch die reformfeindliche Haltung des SED-Regimes, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die Herausbildung einer Oppositionsbewegung und eine veränderte Haltung in den Kirchen. Im Herbst 1989 wurde das Volk zum dominanten Akteur des Geschehens, bevor es ab Winter 1989/90 zu einem Zweckbündnis von DDR-Bevölkerung und Bundesregierung kam. Nach der Verhinderung des Versuchs der SED, Macht und Einfluss zu retten, spielten Demonstranten ab Februar 1990 keine wesentliche Rolle mehr. Die weitere Entwicklung zur deutschen Einheit war geprägt von Interaktionen verschiedener Gruppierungen nationaler wie internationaler Funktionsebenen. Ursachen der mehrfach wechselnden Akteurskonstellationen waren Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten im Verhalten der Hauptakteure.

Für *Friedbert W. Rüb* handelt es sich bei den Umbrüchen in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ nicht um Revolutionen. Denn im Unterschied zu früheren Revolutionen wollten die siegreichen oppositionellen Kräfte der Gesellschaft kein neues, revolutionäres Programm oktroyieren. Stattdessen boten sie allein demokratische Verfahren mit offenem Ausgang zur Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung an. Zwar vollzogen alle Staaten